

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 29/3 (2002)

DOI: 10.11588/fr.2002.3.63118

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Levine schreibt, daß hohe deutsche Offiziere davon überzeugt waren, die Westmächte würden am Ende des Kriegs zusammen mit den Resten der Wehrmacht gegen die Rote Armee kämpfen. Dies ist ebenfalls eine Wunschlegende, die hauptsächlich nach dem Beginn des Kalten Krieges entstanden ist. Die Westalliierten gaben den Deutschen nicht den geringsten Anlaß für solche Gedankenspielerien. Ganz im Gegenteil, sie waren es, die stets auf die bedingungslose Kapitulation Deutschlands pochten.

Die immer wieder kolportierte Behauptung, hohe deutsche Offiziere im Westen wären gegen die Planung Hitlers, Keitels und Jodls für die Operation »Wacht am Rhein« gewesen, wird auch von Levine wiederholt. Dafür lassen sich aber keine Dokumente finden. Models und Rundstedts Stäbe haben allerdings einen Vorschlag gemacht, der nach dem Krieg als »kleine Lösung« und damit als Alternative zur »großen Lösung« dargestellt wurde. Die Absicht ist eindeutig: Dem von Hitler, Keitel und Jodl entworfenen Plan, Antwerpen zu erobern, sollte nachträglich ein »sinnvollerer« Operationsplan entgegengesetzt werden. Aber bei näherem Hinsehen entpuppt sich die »kleine Lösung« nur als Vorspiel zu den Zielen Hitlers. Keineswegs, wie nach dem Krieg gerne gesagt wurde, handelte es sich dabei um eine abgeschlossene Operation. Rundstedts und Models Stäbe trachteten nur danach, durch die »kleine Lösung« das Hauptziel (Antwerpen) sicherer erreichen zu können.

Trotzdem gehen Levines Denkweisen meist in die richtige Richtung. Er betont zum Beispiel die Wichtigkeit der Logistik für die alliierte Strategie in dieser Phase des Krieges, wie sie so deutlich kaum sonst irgendwo hervorgehoben wird. Auch räumt er auf mit der Meinung, ein separater Schlag im Westen – anstatt der von Eisenhower durchgeführten Operationen auf breiter Front – hätte den Krieg um viele Monate verkürzt. Dieser Vorschlag Montgomerys, so meint der Autor, wäre – unter Berücksichtigung aller damals herrschenden Bedingungen – mit großer Wahrscheinlichkeit gescheitert.

Für den Ausgang des Krieges im Westen macht Levine vor allem die Unfähigkeit der Deutschen verantwortlich, die Gesamtkriegsführung der Alliierten zu ergründen. Deutschland war eine Landmacht, und ihre Führer und Institutionen, wie Hitler, das OKW, der Wehrmachtsführungsstab und das OKH waren von den Ideen eines Landkrieges geprägt. Um auf den Krieg im Westen zurückzukommen: Auch dort bestimmten hauptsächlich die Überlegungen von Offizieren des Heeres das Geschehen. Dies war auch ein entscheidender Grund dafür, warum sie die Pläne der Alliierten zur Landung in Westeuropa nicht durchschauen konnten.

Detlef VOGEL, Freiburg

Claus-Dieter KROHN, Martin SCHUMACHER (Hg.), Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945, hg. in Zusammenarbeit mit der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung in Hamburg, Düsseldorf (Droste) 2000, 419 S. (Dokumente und Texte, 6).

Seit einigen Jahren widmet sich die Exilforschung vermehrt auch der politischen Remigration ab 1945. Von besonderem Interesse ist hierbei die Frage nach ideellen Kontinuitäten und dem Einfluß zurückgekehrter Emigranten auf die (verfassungs-)politischen Kontroversen im besetzten Deutschland. Während des gesamten Exils stand die Frage »Was kommt nach Hitler?« verständlicherweise im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen. Viele der im Zuge dieser Diskussionen entwickelten Überzeugungen und Konzeptionen tragen den Charakter von Sofort- und Übergangsprogrammen, die den Anspruch und die Hoffnung der politischen Flüchtlinge aller Couleurs auf eine möglichst maßgebliche Beteiligung am staatlichen Wiederaufbau Deutschlands manifestieren. Entscheidend ist jedoch, daß die Remigranten wesentliche politische Einsichten und Erfahrungen aus ihren überwiegend demokratischen Exilländern mitbrachten, die sie zum Teil unmittelbar in die

Konzeptionsdebatten der Nachkriegszeit einzuführen vermochten. Dies veranschaulichen gerade die Beiträge politischer Remigranten an den Verfassungsdiskussionen in den drei Westzonen und – unter anderen Voraussetzungen – auch in der SBZ.

Der ertragreiche Sammelband verbindet in 18 inhaltvollen Einzelbeiträgen die lange Zeit vernachlässigte Perspektive der Remigration mit den Nachkriegsdebatten über grundlegende gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen vorkonstitutioneller Verfassungspolitik. Hervorgegangen aus einem Kolloquium der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, das im September 1999 – 50 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes – im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn stattfand, bietet er vertiefende Einblicke in die im Exil diskutierten und häufig vorformulierten Verfassungsgrundsätze für ein neues Deutschland und beleuchtet deren Rezeptionsgeschichte mit Blick auf das Grundgesetz und die Verfassung der DDR.

Nach einer eindrucksvollen Einleitung des ausgewiesenen Exilforschers Claus-Dieter KROHN über den Prozeß der »Westernisierung« der deutschen Gesellschaft nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der beteiligten Remigranten stellt Winfried BECKER in einem brillanten Essay die Erörterungen des Exils zu den Verfassungsgrundsätzen der Demokratie und des Föderalismus dar. Er geht dem oft erheblich divergierenden Demokratieverständnis der Emigranten von den linkssozialistischen Gruppen wie SAP, ISK und Neu Beginnen über die Sopade bis zu liberalen (Weber, Röpke) und christlich-konservativen (Spiecker, Brüning) sowie nationalkonservativen Vorstellungen (Strasser, Rauschnig) nach. Unter Hinweis auf die föderalistische Tradition in Deutschland und die friedensichernde Funktion, die einer föderativen Staatsstruktur zugesprochen wurde, lehnte das politische Exil zentralstaatliche Planungen wie die von Erich Koch-Weser oder dem *Council for a Democratic Germany* mehrheitlich ab. Becker wertet einige unveröffentlichte Quellen, etwa aus dem Nachlaß des Volkssozialisten Hans Jaeger aus und beschreibt zutreffend, daß der Föderalismusgedanke nicht nur für die innenpolitische Gestaltung Nachkriegsdeutschlands, sondern überwiegend auch als zukünftige Struktur eines geeinten Europas propagiert wurde. Der Autor nimmt die häufig übersehene Differenzierung zwischen den beiden (kon-)föderalistischen Alternativen des Bundesstaates und des Staatenbundes vor, die gleichermaßen für die europäische Gestaltungsebene – oft allerdings mit unstimmigem Vokabular – vertreten wurden. Der Beitrag Beckers ist um so verdienstvoller, als eine umfassende Untersuchung des Föderalismusprinzips in den Debatten des Exils noch aussteht.

Ludwig EIBER widmet sich mit gewohnter Expertise den Nachkriegsplanungen deutschsprachiger Emigranten in Großbritannien. Hier bildete die Programmdiskussion über »das kommende Deutschland«, angestoßen vom Rumpfvorstand der Exil-SPD und unter aktiver Beteiligung des Gewerkschaftsführers Hans Gottfurcht den Auftakt für die Erörterungen mit Linkssozialisten im Rahmen der 1941 gegründeten »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«. Eiber geht auch auf die Überlegungen Hans Jaegers, August Webers, Kurt Hillers sowie der kommunistisch dominierten Freien Deutschen Bewegung ein. Er resümiert eine »Hauptströmung mit gemeinsamen Elementen« (S. 82), die interessanterweise jedoch kaum auf das britische Verfassungssystem zurückzuführen sind. In den Nachkriegsdiskussionen ist der Einfluß der Remigranten aus Großbritannien gering geblieben, wengleich Eiber einige Prinzipien des Grundgesetzes schon im britischen Exil nachweisen kann.

Im Anschluß an einen kenntnisreichen und informativen Beitrag Ulrike HÖRSTER-PHILIPPS' zu den Nachkriegskonzeptionen der Gruppe »Das Demokratische Deutschland« um Wirth, Hoegner, Braun, Ritzel und Kindt-Kiefer untersucht Elke SEEFRIED am Beispiel von Wilhelm Hoegner, Hans Nawiasky und Alfred Loritz den unmittelbaren Einfluß deutscher Remigranten aus der Schweiz an der bayrischen Verfassungsgesetzgebung. Dieter Marc SCHNEIDER zeichnet die beiden Exilpositionen des Partikularismus und des Anti-

preußentums nach und vergleicht sie mit entsprechenden Tendenzen in der französischen Besatzungspolitik. Dabei wird deutlich, daß Schneiders Ausführungen zum Antipreußentum als zentralem Kontinuum der Exildebatten eine eigene Untersuchung verdient hätte.

Die Arbeit der acht Emigranten im Parlamentarischen Rat würdigt Wolfram WERNER, der ihnen kurze und prägnante biographische Abrisse widmet. Vier pointierte, biographische Beiträge von Rudolf MORSEY, Michael RUCK, Klaus HELBERG und Raimund LAMMERSDORF führen in die Gedankenwelt der »intellektuellen Einzelkämpfer« (Ruck, S. 219) Heinrich Brüning, Arnold Brecht, Gerhard Leibholz und des Ausbilders amerikanischer Besatzungsoffiziere Carl J. Friedrich ein, deren partielle Übereinstimmung mit Grundelementen der westdeutschen Verfassung ein mitunter verblüffendes Ausmaß erreicht. Dies gilt weniger für den im Exil zunehmend isolierten ehemaligen Reichskanzler Brüning, dessen Ansichten oft anachronistisch wirken, um so mehr jedoch für Leibholz, dem es als späterem Bundesverfassungsrichter vergönnt war, die neue Verfassungswirklichkeit direkt mitzugestalten.

Die Beteiligung der kommunistischen Emigranten an den Verfassungsdiskussionen der SBZ steht im Mittelpunkt der Aufsätze von Michael F. SCHOLZ und Jörg MORRÉ, die mit präziser Detailkenntnis und hoher Informationsdichte aufzeigen, daß mit den »Moskau-Kadern« Art und Inhalt der Debatten maßgeblich von Remigranten aus der Sowjetunion bestimmt wurden, während die Vertreter des kommunistischen Exils in anderen Ländern, insbesondere Mexiko und Großbritannien, in den Hintergrund traten.

Wie Irmtrud WOJAK im einzelnen nachweist, haben die deutsch-jüdischen Juristen Robert M. W. Kempner und Fritz Bauer am Aufbau des westdeutschen Rechtsstaates und der anfänglich ehrgeizigen juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nachhaltig mitgewirkt – Kempner als amerikanischer Anklagevertreter und Bauer als Hessischer Generalstaatsanwalt, in dessen Amtszeit auch die Ermittlungen gegen Hans Globke fielen.

Wolfgang HOPPENSTEDT und Jürgen SCHNEIDER untersuchen die Rolle deutscher Emigranten beim Aufbau der Wirtschaftsordnung und der Gestaltung der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik. Hoppenstedt unterstreicht den prägenden Einfluß des emigrierten Wirtschaftswissenschaftlers Gerhard Colm, der von US-amerikanischer Seite aus die Währungsreform von 1948 begleitete. Ursula LANGKAU-ALEX erinnert an den häufig vernachlässigten »menschlichen Faktor« als treibende Kraft« (S. 352) im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Berlins und zeichnet eindrucksvoll die fruchtbare Zusammenarbeit des Remigranten Paul Hertz und der amerikanischen Außenpolitikerin Eleanor Lansing Dulles nach. Dabei verwertet die Autorin auch neue Erkenntnisse aus einem persönlichen Gespräch mit Lansing Dulles.

Schließlich erörtert Manfred HEINEMANN die nahezu unerforschten Verknüpfungen der Remigration mit dem Neuaufbau des deutschen Bildungswesens, die zumeist erst in den fünfziger und sechziger Jahren virulent wurden. Die Aufsatzsammlung wird abgerundet durch ein Schlußwort von Klaus HILDEBRAND, der die Aufgabe der Exilforschung im allgemeinen und die Arbeitsergebnisse der Tagung im besonderen einordnet in den historischen Kontext der Zäsuren von 1945 und 1989.

Der Sammelband bietet nicht nur außerordentlich spannenden Lesestoff, sondern überzeugt auch in der Gesamtkonzeption. Die großen Linien übergreifender Phänomene kommen ebenso zur Sprache wie ihre biographischen, verfassungspolitischen und organisationshistorischen Einzelaspekte. Somit eignet sich das Gemeinschaftswerk als hervorragende Basis für die weitere Erforschung der politischen Remigration und ihrer Rezeptionsgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

BORIS SCHILMAR, Düsseldorf